

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15



Inhalt

Die Lösung des Tschetschenien-Konfliktes am Verhandlungstisch fordert **Günter Verheugen MdB**: Bomben stiften keinen Konsens.

Seite 1

Eine Innovationsoffensive der deutschen Wirtschaft hält **Prof. Dr. Uwe Jens MdB** für erforderlich: Nach der Rezession ist Revitalisierung angesagt.

Seite 2

50. Jahrgang / 3

4. Januar 1995

Bomben stiften keinen Konsens

Der Tschetschenien-Konflikt muß am Verhandlungstisch gelöst werden

**Von Günter Verheugen MdB
Bundesgeschäftsführer und stellvertretender
Fraktionsvorsitzender der SPD**

Die Bombenangriffe der russischen Streitkräfte auf die tschetschenische Hauptstadt Grosnij sind ein grober Verstoß gegen die Menschenrechte, gegen den Verhaltenskodex der OSZE und gegen das Gebot, bei innerstaatlichen Konflikten den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel zu beachten. Sie widersprechen nicht nur den europäischen Normen, sie sind auch politisch der falsche Weg.

Mit Bomben kann der Konsens nicht erreicht werden, der nötig ist, um die Russische Föderation mit ihren vielen nach Autonomie strebenden Völkern zusammenzuhalten.

Die Bundesregierung sollte die russische Führung auffordern, die Kampfhandlungen einzustellen und den Konflikt über die Autonomie-rechte Tschetscheniens durch Verhandlungen so zu regeln, wie sie es zuvor mit Tatarstan und anderen russischen Republiken erfolgreich getan hat.

Die OSZE könnte dazu ihre Dienste anbieten, wenn beide Seiten sie in Anspruch nehmen wollen. Sie kann vermitteln in einer Situation, in der die Bomben die bestehenden Brücken zerstört haben und das beiderseitige Mißtrauen Verhandlungslösungen erschwert. Allerdings dürfen keine überzogenen Erwartungen an die OSZE gerichtet werden. Die OSZE kann den Frieden im russischen Kaukasus nicht erzwingen, wenn die Bereitschaft dazu nicht vorhanden ist.

Es ist Zeit, daß die Bundesregierung gemeinsam mit unseren europäischen Partnern ihre guten Beziehungen zur russischen Führung nutzt, um das Elend des Krieges in Tschetschenien zu beenden.

(-/4. Januar 1995/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 190167, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Printed in Germany
mit recyceltem Rohmaterial
Recycling-Paper



Innovationsoffensive Gebot unserer Zeit
Nach der Rezession bedarf es der Revitalisierung der Wirtschaft

Von Professor Dr. Uwe Jens MdB
Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

I. Unsere Zukunft liegt nicht in Billigarbeitsplätzen

Das Gerede vom Lohn- und Sozialabbau schadet der Konjunktur und schafft keine neuen Arbeitsplätze; es bedroht den sozialen Frieden.

Hinter uns liegt eine Rationalisierungswelle mit erheblichen Produktivitätssteigerungen. Daß die Massenentlassungen in Großunternehmen ohne Streiks abgelaufen sind, ist unserem sozialen Netz zu verdanken.

Die soziale Seite unserer Marktwirtschaft muß zweifellos umgebaut, nicht abgebaut werden. Es ist aber unerträglich, daß diese Diskussion benutzt wird, um von eigenen unternehmerischen Versäumnissen abzulenken.

Die Kosten- und Produktivitätsrückstände der deutschen Industrie von bis zu 50 Prozent gegenüber starken internationalen Wettbewerbern sind häufig hausgemacht. Sie resultieren unter anderem aus umständlichen Produktabläufen und organisatorischen Mängeln. Die Bürokratie in Großunternehmen ist häufig nicht kleiner als die beim Staat.

II. Den Ernst der Lage nicht unterschätzen

Die Technologiebasis der deutschen Wirtschaft erodiert. Im Kern besteht unsere Exportbasis aus Branchen und Produkten mit mittlerem Technologiegehalt. Hier ziehen die Wettbewerber aus Asien und in Zukunft aus Osteuropa zunehmend nach. Schon heute wird der Preiswettbewerb immer härter, Qualitätsvorsprünge werden schmaler.

Investitionsmittel wandern in Finanzanlagen statt in Sachanlagen. Die von 1991 bis 1993 aufgerissene Investitionslücke beträgt laut IFO-Institut in der Investitionsgüterindustrie 12,7 Milliarden DM im Jahr, in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie 5,5 Milliarden DM pro Jahr und im Bereich Verbrauchsgüter 3,5 Milliarden DM pro Jahr. Noch nie in den letzten zehn Jahren waren Rationalisierungsinvestitionen so dominierend wie zur Zeit.

Die Aufwendungen der Wirtschaft für Forschung und Entwicklung fallen drastisch. Während das Bruttoinlandsprodukt von 1989 bis 1993 um rund 13 Prozent wuchs, fielen die Forschungsausgaben der Unternehmen um vier Prozent. Im Forschungshaushalt des Bundes klappt eine strukturelle Lücke von mindestens drei Milliarden DM.

Investitionen ins Humankapital werden sträflich vernachlässigt. Prozentual vom Sozialprodukt gibt Deutschland weniger für Bildung aus als Spanien und Italien. Notwendige Reformen des

Managements und der Unternehmensorganisation kommen nicht voran. Die Ausbildungsbereitschaft geht zurück.

Der angebliche Exportweltmeister ist ein Regionalverein. 1985 gingen 67 Prozent unserer Exporte in die europäischen Länder. 1991 waren es bereits 73 Prozent. Nach Asien exportierten wir 1985 lediglich acht Prozent unserer Ausfuhren, 1991 waren es nur noch 7,8 Prozent. Die jetzige Exportkonjunktur hängt deshalb vor allem von der Entwicklung bei unseren europäischen Partnern ab.

Die deutsche Wirtschaft hat die Zukunftsentwicklung verschlafen. Ihre ehemaligen Renommierbranchen werden immer abhängiger von Billiglöhnen. Konsequenterweise wandern sie aus oder werden zu "Kostenschneidern". Das ist allemal bequemer, als die Herausforderung zu Innovationen aufzunehmen.

III. Eine Wende tut not / Vorschläge für eine Innovationsoffensive

Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik

Wir brauchen eine Industriepolitik, die versucht Wachstumshemmnisse abzubauen und Innovationskräfte freizusetzen. Es geht nicht um Subventionen oder Protektionismus; es geht vielmehr um die Förderung technologischer Kooperationen, um technologisches Wissen an möglichst viele Marktteilnehmer zu vermitteln. Dazu gehört auch die Koordination von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zwischen Unternehmen, Universitäten und sonstigen Forschungseinrichtungen.

Deregulierung auf Arbeits- und Gütermärkten

Die Einführung von Einstiegs-Lohngruppen ist Aufgabe der Tarifvertragsparteien. Deregulierung hat vor allem auf den Gütermärkten anzusetzen und dazu gehört zum Beispiel

- Wirksame Konzentrationsbekämpfung unter anderem auf den Entsorgungsmärkten; im Handel- und Medienbereich.
- Verringerung des Einflusses von Banken und Versicherungen in der Industrie.
- Befreiung des Dienstleistungssektors von überholten, ständestaatlichen Reglementierungen.
- Wirksamere Erfolgskontrolle für Managemententscheidungen in Großunternehmen.

Die Technologiebasis erneuern

Die deutsche High-Tech-Lücke ist besorgniserregend. Die ehemaligen steuerlichen Anreize für FuE-Ausgaben und Erfindervergütung sind wiederherzustellen. Patentanmeldungen sind zu vereinfachen und zu verbilligen. Wir brauchen technologische Netzwerke zwischen Innovationsträgern und sogenannter Technologiestädte oder Science Parks.

Strukturelle Anpassungsprozesse flankieren

Wir brauchen eine ökologische Steuerreform, die Umweltverbrauch schrittweise höher belastet und im Gegenzug die Kosten der Arbeit senkt. Die Lohnnebenkosten müssen gesenkt werden, indem die Sozialbeiträge auch von sachfremden Aufgaben entlastet werden. Vor allem brauchen wir die schrittweise Entwicklung eines flächendeckenden Systems von berufsbegleitender Weiterbilligung und Qualifizierung. Die Investition ins Humankapital ist der Schlüssel zur Wiedererlangung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Mehr Innovationsförderung bei kleinen und mittleren Unternehmen

Dazu gehört vor allem:

- Personalkostenzuschüsse für FuE-Personal,
- Aufstockung beziehungsweise wirksame Förderung des Beteiligungskapitals,
- Schaffung eines Betriebsmittelkreditfonds für kleine und mittlere Unternehmen zur Förderung der Markteinführung und -erschließung bei neuen Produkten;
- Verstärkung der Umwelt- und FuE-Komponenten in der Regionalförderung und damit verbunden eine Neubewertung der Fördergebiete.

Die Globalisierung der Weltmärkte beachten

Die Präsenz Deutschlands auf den neu entstehenden Märkten Asiens, Lateinamerikas, Osteuropas und der GUS muß dringend verstärkt werden. Zur Unterstützung kleinerer und mittlerer Unternehmen ist eine Gemeinschaftsaktion von Bund und Ländern nötig, damit eine handels- und kooperationsfördernde Infrastruktur in diesen neu entstehenden Märkten aufgebaut wird. Das außenwirtschaftliche Finanzierungsinstrumentarium muß ausgebaut werden. Deutschland muß sich im Rahmen der WTO für die Einführung allgemeinverbindlicher Regeln zur Unterbindung von Umwelt- und Sozialdumpingpraktiken einsetzen. Wir brauchen faire Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen in Deutschland.

Wir brauchen vor allem dynamische Unternehmer, die mit neuen Produkten neue Märkte erschließen und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Dies ist die einzige sinnvolle Strategie um die wirtschaftlichen Probleme unseres Landes zu verringern.

(-/4. Januar 1995/rs/ks)
